

Operation Eureka sagt Mafia Kampf an



Polizeinheiten führten Hausdurchsuchungen in München durch. Insgesamt wurden allein in Bayern vier Personen festgenommen. [AFP]

Razzia. Eurojust und Europol koordinierten eine der bisher größten Einsätze gegen die international vernetzte 'Ndrangheta. Dabei wurden 150 Verdächtige festgenommen.

VON WOLFGANG BÖHM
UND MICHAEL LACZYNSKI

Brüssel. Die von langer Hand vorbereiteten Razzien in mehreren europäischen Ländern begannen in den Morgenstunden des Mittwochs. Gegen Mittag verkündete Eurojust, die europäische Justizbehörde, die Verhaftung von 150 Verdächtigen. Es war einer der bisher größten internationalen Einsätze gegen das weltweit gefährlichste kriminelle Netzwerk, die aus Kalabrien stammende Mafia-Organisation 'Ndrangheta. Eurojust und die europäische Polizeibehörde Europol koordinierten das Vorgehen von insgesamt 2770 Sicherheitsbeamten in Italien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Portugal, Slowenien, Spanien, Rumänien, Brasilien und Panama.

„Wir nehmen an, dass sich unter den festgenommenen Personen mehrere führende Mitglieder der Organisation befinden“, verkündete der belgische Staatsanwalt Antoon Schotsaert. Die Operation unter dem Titel „Eureka“ wurde drei Jahre lang vorbereitet.

Die Razzia richtete sich vor allem gegen Drogenschmuggel aus Südamerika nach Europa und Australien. Von 2019 bis 2022 soll die Mafia-Organisation laut belgischen und italienischen Behörden 25 Tonnen Kokain verschoben haben. Bei den Ermittlungen, für die auch verschlüsselte Chats ausgewertet wurden, ging es zudem um Waffenhandel, Betrug und Geldwäsche. Laut Europol ist die 'Ndrangheta hauptverantwortlich für den Kokainhandel in Europa.

Meisten Verhaftungen in Italien

Italiens hochrangiger Polizeioffizier Massimiliano D'Angelantonio wies darauf hin, dass die Ermittlungen offengelegt hätten, dass die Organisation chinesische Finanzmakler nutzt, um beispielsweise den Drogenhandel von Kolumbien nach Italien abzuwickeln. „Sie verschoben auf diese Weise 22 Millionen Euro innerhalb eines einzigen Jahres.“

In Italien wurden 108 Verdächtige festgenommen, in Belgien 13. Auch in Deutschland ging die Polizei in Bayern, Nordrhein-Westfa-

len, Rheinland-Pfalz und Saarland gegen die 'Ndrangheta vor. In Bayern wurden vier Personen festgenommen, in Rheinland-Pfalz weitere zehn Personen.

Die kalabrische 'Ndrangheta hat der sizilianischen Cosa Nostra den Rang als mächtigste Mafia Italiens längst abgespenst gemacht. Der Name, der auf das griechische Wort „Andranghateia“ („Ehrenmänner“) zurückgehen soll, umfasst eine Struktur, die sich auf Blutsverwandtschaft stützt – und dadurch schwieriger zu infiltrieren ist. Die 'Ndrangheta ist auch die weltweit am weitesten verbreitete Verbrecherorganisation: Dem Richter Roberto Di Bella zufolge, der sich auf die Verfolgung der Kalabrier spezialisiert hat, verfügt die 'Ndrangheta über Dependancen auf allen fünf Kontinenten. Spezialisiert ist sie demnach auf Drogenhandel, Erpressung, Geldwäsche und illegale Müllentsorgung – und was Ersteres anbelangt, hat sich die 'Ndrangheta aufgrund ihrer

Verlässlichkeit zu einem der wichtigsten Geschäftspartner der südamerikanischen Drogenkartelle entwickelt, für die sie die weltweite Distribution von Kokain managt. Die Einnahmen aus dem Drogenhandel wiederum werden in legale Wirtschaftszweige in Italien und dem Rest der EU reinvestiert. Die 'Ndrangheta dürfte über rund 20.000 Mitglieder zählen. Zu Be-

ginn der Pandemie schätzte der kalabrische Staatsanwalt Nicola Gratteri ihren Jahresumsatz auf gut 50 Mrd. Euro.

Ihre Schergen gelten als besonders brutal – auf ihr Konto geht unter anderem die Hinrichtung von sechs Männern in Duisburg 2007 sowie die Ermordung eines dreijährigen Kindes durch einen gezielten Kopfschuss 2014 –, woraufhin Papst Franziskus bei seinem Kalabrien-Besuch kurz nach der Bluttat alle Mafiosi für exkommuniziert erklärt hat. Lichtblick: In den vergangenen Jahren ist es den italienischen Fahndern gelungen, einige Erfolge zu erzielen. So haben sich mehrere 'Ndrangheta-Mitglieder zur Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden entschlossen, wodurch zu Jahresbeginn 56 Clanmitglieder verhaftet und Vermögenswerte von 250 Millionen Euro sichergestellt werden konnten.

AUF EINEN BLICK

Operation Eureka. Insgesamt 2770 Ermittler und Sicherheitskräfte aus zehn Ländern waren in die Ermittlung und Zugriffe gegen die 'Ndrangheta involviert. Unter führender Einbindung Italiens koordinierten die EU-Justizbehörde Eurojust und die EU-Polizeibehörde Europol die Aktion. Sie stellten Ermittlungsteams zusammen und beteiligten sich mit eigenen Analysen.

Gemeinsamer Munitionskauf für Ukraine fix

EU-Staaten einigen sich auf Ein-Milliarden-Euro-Paket.

Wien. Kurz vor Beginn der lang erwarteten Offensive der ukrainischen Streitkräfte gegen die russischen Invasoren hat die EU einen wichtigen Schritt zur Unterstützung dieser Operation gesetzt. Am Mittwoch einigten sich die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten darauf, gemeinsam vorerst um eine Milliarde Euro Artilleriemunition und Raketen für die Ukraine zu beschaffen, gab der schwedische EU-Ratsvorsitz bekannt. Das ist der erste gemeinsame Waffenkauf in der Geschichte der Union.

Diese Milliarde soll dazu beitragen, binnen Jahresfrist zumindest eine Million Stück Munition bereitzustellen. Allen voran geht es um das Nato-Standardkaliber von 155 Millimetern. Die Verhandlungen hatten sich wochenlang an der Frage gespießt, ob die Mitgliedstaaten im Rahmen dieser Aktion auch Munition von außerhalb Europas liegenden Fabriken kaufen dürfen. Allen voran Frankreich wollte das mit dem Verweis auf die Stärkung der strategischen Autonomie Europas nicht. Demgegenüber hielt die Mehrheit der Regierungen fest, dass die Ukraine dringend Munition benötigt und keine Zeit zu verlieren hat. Thierry Breton, der Kommissar für den Binnenmarkt, Dienstleistungen, Verteidigung und Weltraum, hatte in einer mehrwöchigen Tour 15 Hersteller in elf Mitgliedstaaten identifiziert, die für solche Beschaffungsaufträge geeignete Munitionsorten herstellen. Eine weitere Milliarde Euro steht den Mitgliedstaaten zudem für die Erstattung des Werts von Munition zur Verfügung, die sie aus ihren Arsenalen bereitstellen.

Neues Geld für Hersteller

Breton stellte am Mittwoch zudem einen Plan vor, die Produktionskapazität der europäischen Munitionshersteller zu erhöhen. 500 Millionen Euro aus dem Unionshaushalt sowie 500 Millionen Euro von den Mitgliedstaaten sollen dafür verfügbar werden. (go)

Ungarn öffnet Tür für 13 Milliarden Euro aus Brüssel

Rechtsstaatlichkeit. Lang verzögerte Justiznovellen sollen einen Teil der eingefrorenen EU-Gelder loslösen.

Wien. Ungarns von der Regierungspartei Fidesz kontrolliertes Parlament hat am Mittwoch eine Reihe von Novellen beschlossen, welche die politische Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit sichern sollen. Mit dieser Erfüllung einer Reihe von Forderungen, welche die Europäische Kommission aufgestellt hatte, könnte Ungarn einen Teil der seit Monaten blockierten Subventionszahlungen aus Brüssel loslösen.

Konkret geht es um 13,2 Milliarden Euro an Kohäsionsförderungen, welche die Kommission nicht freigibt, weil ihrer Einschätzung nach in Ungarn der Rechtsstaat willkürlich derart geschwächt sei, dass der großflächige Missbrauch dieser EU-Mittel nicht ausreichend verhindert werden könne. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten teilt diesen Befund und hat darum das Einfrieren von in Summe 22 Milliarden Euro an Subventio-

nen an Ungarn beschlossen. 13,2 Milliarden Euro davon sind an die nun im Eilverfahren und ohne ausführliche parlamentarische Debatte oder Begutachtungsfrist beschlossenen Justiznovellen geknüpft. Sie sorgen unter anderem dafür, dass Gerichtsfälle per Zufall an Gerichte verteilt werden, um politische Einflussnahme einzudämmen, und stärken die Aufsichtsrolle des nationalen Richterrates über die Gerichte. Auch soll die Regierung die Einleitung von Vorabentscheidungsersuchen durch ungarische Gerichte an den Gerichtshof der EU nicht unterbinden können.

Wann die Kommission befin-den wird, ob diese Reformen ihr genügen, ist offen. Eingefroren bleiben zudem 8,8 Milliarden Euro an weiteren Kohäsionsförderungen sowie 5,8 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds. (GO)

Wir trauern um unseren ehemaligen Länderkammer-Präsidenten,
engagiertes Mitglied unserer Landesvertretung und
einen bewundernswerten Menschen

DI Andreas Gobiet

herausgerissen aus seinem engagierten Leben

Länderkammern der Ziviltechniker:innen

&

Bundeskammer der Ziviltechniker:innen